

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Mit den Beilagen: Kinderland. — Die Frau und ihr Haus

Die Gleichheit erscheint 2 mal im Monat
Preis: Vierteljährlich 3,30 Mark
Inserate: Die 5 gespaltene Nonpareillezeile 6.— Mr.,
bei Wiederholungen Rabatt

Berlin
15. März 1922

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Amt 107 17
Expedition: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Das teure Brot

Von Elli Radtke

Die letzten Wochen haben für unsere gesamte Ernährungslage wiederum schwere Erschütterungen gebracht. Wir haben die erhöhten Verkehrstarife bekommen, die sich bei der Preisstellung für jede Ware ebenso auswirken wie der erhöhte Kohlenpreis, und wir haben vor allem die Erhöhung des Brotpreises um 75 Proz. zu verzeichnen. Diese Brotpreiserhöhung stellt für eine vierköpfige Familie einen wöchentlichen Mehraufwand von etwa 30 Mk. dar. Das ist für die arbeitende Bevölkerung, die seit Jahr und Tag überhaupt nur noch das Allernotwendigste zum Lebensbedarf von ihrem Arbeitsverdienst kaufen kann, eine neue ungeheuerliche Belastung. Außerdem zieht eine so fühlbare Brotpreiserhöhung erfahrungsgemäß eine allgemeine Teuerungswelle nach sich.

Wir müssen natürlich nach der Ursache zu dieser einschneidenden Maßnahme fragen. Den Anstoß dazu gab die Entente, die ihre Zusage zu einer eventuellen Neuordnung der Reparationsfrage mit der Bedingung für uns verknüpfte, die bisher gewährten Lebensmittelzuschüsse abzubauen. Das ist ein äußerer Zwang, dem wir uns unter den gegebenen Verhältnissen beugen müssen. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, wo der eigentliche Grund zu diesen Zuschüssen steckt. Nach der Aufhebung der früheren Zwangswirtschaft wurde bekanntlich für dieses Wirtschaftsjahr das Umlageverfahren für Getreide eingeführt, wonach die deutsche Landwirtschaft für die allgemeine Brotversorgung 2,5 Millionen Tonnen Brotgetreide von der Ernte des Jahres 1921 abzuliefern hat. Dieses Quantum war von vornherein ungenügend. Zur Deckung des Bedarfs ist ein Quantum von 4,5 Millionen Tonnen notwendig, und die Sozialdemokraten haben auch die Bezifferung der Umlage auf 4,5 Millionen Tonnen gefordert. Die bürgerlichen Parteien setzten schließlich, gestützt auf den Reichsernährungsminister Hermes, der ihnen möglichst viel Entgegenkommen zeigen wollte, die Festsetzung des abzuliefernden Quantums auf 2,5 Millionen durch.

Dadurch wurde die Einführung der fehlenden 2 Millionen Tonnen aus dem Auslande notwendig und die weitere Folge war, daß bei der später eingetretenen Verschlechterung der Valuta die ausgeworfenen Summen für diesen Posten nicht mehr ausreichten. So entstand ein Defizit von weit über 10 Milliarden Mark. Da infolge des Verlansens der Entente nach Vermeidung weiterer Zuschüsse — sie will bekanntlich einen klaren Ueberblick über unsere Finanzlage haben — diese Milliarden nicht neu aufgenommen werden können, wälzte die Regierung das Defizit auf die Verbraucher ab. Wir zahlen nun 13 bis 14 Mk. für ein Vierpfundbrot und büßen so die Sünden, die ein kurzfristiges Ernährungsministerium gemacht hat. Die Landwirte dagegen hatten die Mengen, die das Umlageverfahren ihnen von der Abgabe freiließ, zu ihrer Verfügung und konnten dafür hohe und höchste Preise nehmen.

Die Sozialdemokratie hat sich mit allen Kräften gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Getreide und Brot gewehrt, weil sie die Profitsucht der Landwirte kennt. Aber auch das Umlageverfahren ist den Landwirten noch ein schweres Aergernis, und wo sie nur konnten, haben sie es zu sabotieren versucht. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß bei weitem nicht die volle Menge des Umlagefolls eingehen wird. Viele zur Ablieferung Verpflichteten sind im Rückstand, und der Ernährungsminister stellt sich schützend hinter sie — von den Rechtsparteien natürlich ganz zu schweigen —, indem er das eingegangene Umlagequantum als befriedigend bezeichnet.

Wir sehen also als notwendige Folgeerscheinung auf der einen Seite immer größere Verelendung der breiten Bevölkerungsschichten; das Brot ist schon so teuer, daß man sich nicht mehr daran sattessen kann. Was aber soll dann gegessen werden? Auf der anderen Seite dagegen fällt gerade diese Ernährungspolitik dem landwirtschaftlichen Großbesitz die Taschen, und das Gejammer der Agrarier über ihre Notlage wirkt nicht nur als abstoßende Heuchelei, sondern schon mehr als Provokation.

Um so unverständlicher ist die Haltung des Ernährungsministeriums. Die Zuschüsse für die Brotverbilligung werden abgebaut, der Landwirtschaft aber macht man weitere Zuwendungen, wie dies z. B. bei der verbilligten Abgabe von Mais der Fall ist. Im vergangenen Etat wurden, wie Gen. Rynck kürzlich im Reichstag ausführte, für diesen Zweck 2,3 Milliarden Mark bewilligt, jetzt wird dieselbe Summe nochmals angefordert. Dieser Mais sollte zur Viehfütterung dienen, damit der Landwirt nicht Brotgetreide und Kartoffeln verfüttern sollte. Es hat sich nun aber ganz zweifellos herausgestellt, daß der Mais zum Teil nicht zur Viehfütterung, sondern zur Herstellung von Schnaps verwandt worden ist. Die Maisbezugscheine sind an Interessenten abgegeben worden und haben den Landwirten und Schnapsbrennern ungeahnte große Gewinne gebracht. Das Brotgetreide aber ist nach wie vor verfüttert worden. So war die ganze verbilligte Abgabe von Mais an die deutsche Landwirtschaft nichts weiter als ein glänzendes Geschäft, das diese sich von der Regierung hat vermitteln lassen.

Die Sehnsucht der Landwirte geht nun dahin, für das nächste Wirtschaftsjahr die völlige Freiheit in der Getreidewirtschaft zu erzielen. Wie eine Entschleifung der Vereinigten Rheinischen Bauernvereine sagt, wird „die Landwirtschaft unter keinen Umständen mehr eine Erneuerung der Zwangswirtschaft in irgendeiner Form hinnehmen“. Das Umlageverfahren wird von diesen Kreisen als „eine erhebliche Verschärfung der Zwangswirtschaft“ bezeichnet. Wohin wir treiben, geht aus alarmierenden Zeitungsnachrichten der letzten Tage hervor. Aus vielen Teilen des Reiches werden rücksichtslos spekulative Getreideaufkäufe für die nächste Ernte gemeldet. Man verkauft die nächste Ernte schon auf dem Halme, und zwar bis zu 1800 und 2200 Mk.

für den Doppelzentner. Bei solchen Preisen würde sich ein Brot auf 50 bis 60 Mt. stellen. Diesem Schicksal gehen wir unweigerlich entgegen, wenn nicht in aller Kürze von der Regierung durchgreifende radikale Maßnahmen erfolgen, die den Wucher unterbinden und uns die Gewähr für einen einigermäßen erträglichen Brotpreis geben.

Wenn hier nichts geschieht, werden wir bei der Brotversorgung daselbe erleben wie bei der Kartoffelversorgung. Niemals hätten wir die Steigerung des Kartoffelpreises auf 300 Mt. für den Zentner für möglich gehalten, und doch mußte beispielsweise in Berlin soviel gezahlt werden. Es waren angeblich „Saatkartoffeln“, die die Landwirte plötzlich abgeben konnten, nachdem es wochenlang keine Kartoffeln gegeben hatte. Für das Fehlen der Kartoffeln waren natürlich genug Erklärungen seitens der Erzeuger und Händler da, z. B. der Frost, der Eisenbahnerstreik usw. Die Genossin Bohm-Schuch legte in einer Anfrage im Reichstag der Regierung die Frage vor, was diese getan hätte, um die Erfüllung der mit den landwirtschaftlichen Erzeugerorganisationen, Erzeugern und Händlern abgeschlossenen Kartoffellieferungsverträge zu erzwingen. Diese Stellen haben, wie unseren Leserinnen wohl erinnerlich, die auf Treu und Glauben abgeschlossenen Verträge einfach nicht innegehalten und ihre Kartoffeln nachher dahin verkauft, wo sie die bessere Bezahlung bekommen haben. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums antwortete, daß die Regierung keine gesetzliche Handhabe besitze, um die Erfüllung der Lieferungsverträge zu erzwingen. Die Frage der Genossin Bohm-Schuch, ob die Regierung überhaupt irgend etwas getan habe, um gegen diesen Wucher einzuschreiten, blieb unbeantwortet.

Das ist ein mit wenigen Strichen gezeichnetes Bild unserer Ernährungslage und zugleich ein kurzer Ueberblick, wie das dafür verantwortliche Ministerium arbeitet. Interesseloseigkeit für die Lebensbedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung, aber freundliches Entgegenkommen und liebevolles Verständnis den Kreisen des landwirtschaftlichen Großbesitzes gegenüber. Wir haben aber ein Recht zu verlangen, daß unsere Klagen gehört und daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, die uns vor einem noch weiteren Sinken unserer Lebenshaltung schützen.

Eine ernste Mahnung

Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes haben sich in den Wahlkreisen, in denen bei der letzten Wahl Männer und Frauen getrennt abgestimmt haben, die Stimmen wie folgt auf die einzelnen Parteien verteilt:

	Männer	Frauen
Deutschnationale Volkspartei	44 Proz.	56 Proz.
Deutsche Volkspartei . . .	49	51
Zentrum	41	59
Deutschnationale Volkspartei .	53	47
Sozialdemokratische Partei .	57	43
Unabhäng. Sozialdemokratische	59	41
Kommunisten	63	37

Man beachte:

Während die Rechtsparteien und besonders das Zentrum den überwiegend größten Teil ihrer Wählerstimmen den Frauen zu verdanken haben, sehen wir bei den sozialistischen Parteien das Gegenteil.

Die Sozialdemokratie kämpfte seit einem Menschenalter für Frauenrechte, Rechtsparteien und Zentrum dagegen. Bürgerliche Politiker gebrauchten bei ihrem Kampf gegen das Frauenwahlrecht gern das Argument des mangelnden politischen Intellekts der Frauen. Heute kommt ihnen die politische Gleichgültigkeit vieler Frauenschichten zugute, die noch immer die Situation nicht begriffen haben. Hier rächen sich die Sünden der Vergangenheit, die jahrhundertlang politische Knechtung der Frau.

Genossinnen, wir, die bewußt im politischen Leben stehen, wir, die den Sozialismus als Weltanschauung erwählt haben, haben auch die Pflicht, bei unserem eigenen Geschlecht diesen politischen Indifferentismus zu bekämpfen. Hier liegen die Wurzeln für alle die Aufgaben, die die sozialdemokratischen Frauen zu erfüllen haben. Das sind:

Werbearbeit für die Sozialdemokratische Partei, Aufklärung, Belehrung, Eindringen in den Sozialismus!

Kampfruf

Ich möchte in die Nacht der Zeit
Als Stern erfüllter Hoffnung glühen —
Ich möchte in die Ewigkeit
Als Sonne der Erkenntnis sprühen,
Dann würde ich als Gott des Lichts
Die Blitze auf die Erde wettern
Und als Posaune des Gerichts
Die Wahrheit in die Herzen schmetter'n!

Ihr Menschen, die ihr darben lebt,
Besüßelt euer langes Hoffen!
Erhebt euch aus dem Staub, erhebt,
Die ganze Erde steht euch offen!
Sie gab euch Odem, gab euch Kraft
Und wählte euch zu ihren Hütern.
Wer in ihr gräbt, wer auf ihr schafft,
Hat gleichen Teil an ihren Gütern.

Wer tatlos hofft, hofft wie ein Tor,
Daß aus der Not ihn andere retten.
Die Herzen hoch! Die Stürmer vor!
Der Wille bricht die stärksten Ketten!
Seid Schrei und Zorn im Menschenhaat!
Eilt auf die Schanzen, auf die Zinnen!
Der Wille zur geeinten Tat
Läßt euch die ganze Welt gewinnen!

Drum nicht gezauert, nicht gesennt!
Es gilt, das Unrecht zu besiegen!
Fort mit der Zwietracht, die euch trennt,
Sonst müßt ihr schmählich unterliegen —
Sonst müßt ihr unter Spott und Hohn
Den Groll der Ohnmacht wieder schlucken.
Bei langer Fron und kargem Lohn
Sich vor der Willkür wieder ducken!

Ihr braucht kein Pulver und kein Blei
Und keine krachenden Granaten.
Das Wissen macht euch alle frei,
Der Pflug, der Hammer und der Spaten.
Die Treue sei euch Damm und Deich,
Die Eintracht halte euch zusammen,
Dann wird des Friedens Bruderreich
Beglückend durch die Zeiten flammen!

V. Kallinowski

Frauentagungen

Nach der letzten Reichsfrauentagung in Götting findet man unter den Genossinnen vielfach die Ansicht vertreten, daß besondere Frauentagungen wohl künftig überflüssig werden. Zunächst aber finden in allen Bezirken jetzt wieder Frauentagungen statt, die die tätigen Genossinnen zu eingehender Aussprache über Agitation und Organisation versammeln. Und ich bin der Meinung, daß besondere Frauentagungen vorläufig noch dringend nötig sind, um die Frauen, die innerhalb der allgemeinen Organisation sich leicht als schwach vorkommen, in eine Einheit zusammenzufassen. Die Gemeinsamkeit ihres Leidens, ihres Hoffens, ihres Kampfes ihnen bewußt zu machen, um ihnen Wege zu zeigen, den aus der Erkenntnis der Ursache ihres Elends erwachsenen Willen in Taten umzusetzen.

Solidarität aller Frauen? In der kapitalistischen Gesellschaft, die sorgfältig eine breite geistige Kluft zwischen

den zwei Hauptklassen — den Reichen und Armen — offen läßt, ist das eine Unmöglichkeit. Als Geschlechtswesen leiden alle Frauen gleich unter der ungerechten gesellschaftlichen und geschlechtlichen Wertung, aber je nach der sozialen Stellung hat das eine verschiedene Wirkung. Aus den Kreisen der Begüterten, wo die Frauen alle Vorzüge der herrschenden Weltordnung genießen können, klingt das schöne Reden vom seelischen Leiden nur als leeres Geschwätz. Die proletarische Frau, aus der Klasse, welche nach Engels „nichts besitzt als ihre Arme und ihre Kinder“, weiß ihr Schicksal abhängig vom Stande der Arbeiterbewegung, und im Kampf um die Hebung der Arbeiterklasse führt sie den Kampf um die Besserung ihrer Lage durch. Im Einzelkampf gegenüber dem Weltgeschehen, das ihr unerbittlich die Lebenshaltung diktiert, in großen Wirtschaftskrisen ihre fleißigen Arme zur Ruhe verdammt, ihr die Heiratsmöglichkeiten mindert, den vielleicht gewonnenen Gatten in den Krieg reißt, die Kinder verelenden läßt, muß die einzelne verzagen. Erst das Wissen um die Not der vielen gleichgestellten Geschlechtsgenossinnen, das Wissen von der Möglichkeit, durch ihre Zusammenfassung mächtig genug zu werden, um selbst Völkerschicksale zu beeinflussen, weckt in ihr das Kräftegefühl und den Kampfeswillen, der sie zur Vereinstätigkeit treibt.

Daß wir politisch gleichberechtigt sind, hat uns noch nicht ermöglicht, unsere Lage allgemein zu verbessern, weil die Frauen in ihrer herkömmlichen Unwissenheit nicht ihre politischen Rechte in Macht umsetzen konnten. Wie stark wären wir als der größte Teil der Bevölkerung, schon als vereinigte Konsumentinnen! Und wie erst als Arbeiterinnen und gar als Mütter und Staatsbürgerinnen! Kein Reichstag kam und wird sich einer Frauenforderung entgegenstellen, wenn wir sie als organisierte Frauen vertreten, und uns wäre es möglich, für unsere Kinder dem Sozialismus das Reich zu sichern.

Aber die Frauen unter uns, welche nicht unwissend sind, sind zu sehr von Arbeit geknechtet, um als Sendboteninnen der frohen Botschaft vom Sozialismus von Ort zu Ort zu ziehen und Mitkämpferinnen zu werden. Sie können nur in Haus und Werkstatt, in Familie und Bekanntenkreis aufklärend

arbeiten. Die Zahl der Frauen, die trotz eigener Not und Arbeit Kraft, Mut und Zeit ausbringen, um im politischen Tageskampf mitzusprechen, im kleinen und großen Kreis Frauenforderungen zu vertreten und Aufklärung zu den Geschlechtsgenossinnen zu tragen, muß noch viel größer werden. Viel danken wir diesen Frauen. In ihren Reden ist keine Gefühlseligkeit, kein Wortüberschwang. Sie geben sich und die Hörerinnen keiner Täuschung über die drohende Gefahr hin, denn die Toten des Weltkriegs, die zu früh gestorbenen Frauen und Kinder der Hungerjahre, die Darbenden von heute, deren Leben und Gesundheit vom unerhörten Wucher aufgesogen wird, stehen mahnend den proletarischen Rednerinnen zur Seite.

Wohl mehrten sich willkommenerweise die Frauen, welche durch wissenschaftliche Erkenntnis und Herzensdrang zum Sozialismus gelangten und unter Hingabe ihrer Persönlichkeit der Parteibewegung dienen. Wir lauschen ihnen gern und freuen uns der scharfen Waffen, die sie durch Vertiefung in unsere Theorien uns schmieden. Daß wir nur mehr solcher Genossinnen gewinnen könnten! Der furchtbare Ernst unserer Zeit legt uns um so nachdrücklicher die Pflicht auf, die zu sammeln, welche einen Ausblick aus der tiefen Not wissen und sie dahin zu stellen, wo sie am nötigsten gebraucht werden, um das Selbstbewußtsein der Frauen zu stärken und immer mehr zur Gewinnung neuer Kämpferinnen zu schulen.

Dazu müssen wir uns der Frauenkonferenzen bedienen.

Ella Bierzbüß

Der Mensch hält nie das so sehr für sein, was er besitzt, als das, was er tut, und der Arbeiter, welcher einen Garten bestellt, ist vielleicht in einem wahren Sinne dessen Eigentümer als der müßige Schwelger, der ihn besitzt und genießt.

Man kann die Welt nie von genug Seiten ergreifen, und es ist schlimm, wenn der Mensch in dem ewigen Einerlei versinkt und immer nur über dem brütet, was er seit Jahren getan hat.

W. v. Humboldt

* Feuilleton *

Die Mutter sinnt bei der Wiege

Ich bin dir nie so nah als nachts,
Wenn rings um uns das Dunkel schweigt,
Geheimnisvoll lebendig nur
Dein Atem fällt, dein Atem steigt.

Ich denke jener letzten Zeit,
Da du in mir verlenkt geruhst,
Da unser Atem einer war,
Bewegt von eines Lebens Flut.

Ich denke einer fernern Zeit,
Wenn uns die stumme Nacht umgibt:
Einst ruhn wir wieder ganz vereint,
Mit allem, was wir je geliebt.

Ina Seidel.

Eideshelfer

Von Josef Klische

zum fünften Male kam Frieda Lindner aufs städtische Wohlfahrtsamt. Ob denn ihre Angelegenheit noch immer nicht weitergediehen sei? Ihr Kind sei jetzt bald ein Jahr und brauche ein neues Röschchen und Strümpfe. Von ihrem largen Verdienst könne sie knapp die notwendigsten Anschaffungen für sich selbst machen, zumal bei der fortwährenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse.

Der bebrüllte Beamte, dem sie ihr Anliegen vortrug, blätterte in einem Aktenbündel, das er aus einem breiten Schrankregal gezogen hatte und zuckte schließlich seine edigen Schultern. —

Leider verweigere der von ihr als Erzeuger angegebene Herr die Anerkennung der Vaterschaft. Wie sie ja selbst wisse, stünde zwar nicht, wie meist sonst, Behauptung gegen Behauptung, indes mache der Angeschuldigte zwei jetzt auswärtig wohnende Zeugen namhaft, die in der Empfängniszeit gleichfalls Verkehr mit ihr gepflogen haben sollen. Treffe diese Angabe zu, und werde sie vor Gericht beschworen, dann sei nach dem Gesetz nichts mehr zu machen. Es bleibe dann nur die öffentliche Wohlfahrtspflege. Aus wohlervogenen Gründen habe der Berufsvormund bisher die Befähigung dieser Zeugenschaft hinauszuschieben gesucht.

Frieda Lindner waren diese Argumente nicht neu. Dennoch schossen ihr ob der Gemeinheit der Anschuldigung Tränen in die Augen. Nie und nimmer hätte sie geglaubt, daß der, der damals so zärtlich zu ihr gewesen, sich solcher Niedertracht bedienen würde, um sich seiner Vaterpflicht zu entziehen.

Doch trotz des aufwühlenden Schmerzes ließ sie sich nicht unterkriegen. Sie verlange nur, daß die nächste Verhandlung vor dem Amtsgericht bald sei und daß ihr Gelegenheit gegeben werde, die gewissenlosen Buben, die so Schändliches von ihr behaupteten, vor Gericht Lügen zu strafen.

Der mit dem Bleistift spielende Beamte wiegte den Kopf. Er wußte aus seiner langen Tätigkeit in Münderbüschen, daß häufig die jungen Mütter mit Worten tiefster und anscheinend berechtigter Entrüstung derartige Dinge von sich wiesen, um ihrer dann doch überführt zu werden. Zugegeben aber, die vor ihm Stehende sagte wirklich die Wahrheit, was bürgt dafür, daß sie mit dieser vor Gericht auch durchdringt?

Die auf Alimente Verklagten erschienen zumeist mit einem Rechtsanwalt, dessen Tätigkeit vor den Richtern häufig zu

Zur Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Nachstehender Brief wurde uns von sachverständiger parteigenösslicher Seite zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Er enthält in so prägnanter Form den Ausdruck unserer Wünsche auf dem Spezialgebiet der Prostitution und ihrer Bekämpfung im modernen und menschlichen Sinne, daß es uns scheint, als wäre sein Inhalt nicht nur für Polizeipräsidenten und ähnliche Leute zu begrüßen, sondern daß er es auch verdient, in den Kreisen unserer Parteigenossinnen gelesen zu werden und belehrend zu wirken. Der Geselzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Dadurch wird die Frage wieder aktuell und wird das Interesse weiter Volksschichten hervorrufen. Wir empfehlen bei dieser Gelegenheit noch einmal das Buch: „Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten.“ Bestellungen sind an Marie Juchacz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu richten.

Verehrter Herr Polizeipräsident!

Sie erinnern sich vielleicht der Besprechung, die wir voriges Jahr gelegentlich des Kölner Kongresses für Bevölkerungspolitik auf Ihrem Bureau miteinander hatten. Ich lernte aus Ihren Mitteilungen die ungeheuren Schwierigkeiten kennen, die Ihnen die Befetzungsbehörde bei Bekämpfung der Prostitution macht. Ihnen suchte ich dagegen die Vorteile der Beseitigung der polizeilichen Reglementierung durch Verwandlung der bisherigen Sittenpolizei in eine hygienische Behörde darzulegen, die als städtische Fürsorgeanstalt für Männer und Frauen organisiert wird. Diese städtische Gefährdetenfürsorge, wie man sie mit dem dezenteren Ausdruck zu nennen pflegt, will die Hilfe der Polizei zur Ueberwindung der Widerstände erkrankter Personen gegen die Heilbehandlung, wenn nötig, auf dem Zwangswege nicht ausschalten. Sie braucht und wünscht diese Polizeihilfe sogar. Nur will sie ihre Haupttätigkeit zu einer fürsorglichen, nicht auf das Strafgesetzbuch (§ 361), sondern auf Gesundheitsfürsorge gegründeten machen, weil es sich herausgestellt hat, daß die polizeiliche Reglementierung und Zwangsheilung nur sehr geringe Kreise der tatsächlichen Prostitution und der Geschlechtskranken erfassen kann.

einer Anwaltschaft des Unrechts wurde. Dazu zerbrach der Eid zweier unbescholtener Zeugen jede fernere Möglichkeit, der Mündelmutter und deren Kind zu ihrem Recht zu verhelfen. Solche Sachen wollten wohl überlegt sein. Vor allem gelte es, die angekündigten gegnerischen Zeugen richtig zu behandeln, ihnen womöglich eine Falle zu stellen, auf die sie, sofern sie bezahlte Subjekte waren, eventuell hereinsiefen.

Dieses alles setzte er der stumm vor ihm stehenden jungen, abgehärmten Mutter in ruhigen, nachdrücklichen Worten auseinander, und er ersuchte sie schließlich, nach drei Tagen kurz vor Schluß der öffentlichen Bureauzeit wiederzukommen, wo er dann das Weitere mit ihr besprechen wolle.

Benig ermutigt verließ Frieda Lindner das Wohlfahrtsamt. Am dritten Nachmittag war sie um die angegebene Zeit wieder zur Stelle. Der Beamte nahm die einschlägigen Akten zur Hand und hieß die Mündelmutter ihm in ein besonderes Zimmer folgen. Hier entwickelte er dieser nach einigen Fragen folgendes:

Er habe sich mit dem Amtsgericht in B., an welchem Orte die beiden früher hier tätigen, von dem angeblichen Vater des Kindes als Zeugen Benannten gegenwärtig wohnten, in Verbindung gesetzt. Auf sein Ansuchen hin sei auch bereits eine Vernehmung erfolgt. Beide hätten in dem abgegebenen Sinne vor dem Amtsrichter ausgesagt und sich bereit erklärt, ihre Aussagen zu beenden. Der Richter habe aber vorläufig von der Eidesleistung Abstand genommen. Eine Gegenüberstellung der Zeugen mit der Mündelmutter erschiene ihm bei den Folgen, die der Eid nach sich ziehen müsse, unerlässlich. Es sei nun ein neuer Termin angelegt, zu welchem sie persönlich erscheinen müsse. Er würde sie begleiten.

Einen Tag vor der angelegten Verhandlung fuhren Frieda

Eine in erster Linie strafverfolgende Behörde wird gemieden, eine gesundheitlich-fürsorgliche gewinnt allmählich das Vertrauen aller erkrankten Frauen und Männer und wird angefragt. Nur so ist es zu erreichen, daß erhebliche Prozentsätze aller Erkrankten der stillen und gründlichen Heilbehandlung zugeführt werden. Außerdem kann die Sittenpolizei auch beim besten Willen niemals gründlich ausheilen lassen. Sie hat gar nicht die Anstalten und Mittel dazu und treibt eine wahre Sisyphusarbeit. Sie ergreift immer wieder alte unausgeheilte Fälle, kann die zum erstenmal ergriffenen Jugendlichen nicht mit der nötigen Sorgfalt und der Aufmerksamkeit für ihre besonderen Lebensverhältnisse behandeln (Arbeitsvermittlung, Verwahrungshäuser usw.). Sie kennt für sie in der Hauptsache nur die Zwangserziehung, also wieder eine Art Strafverfahren. Die Einrichtung und Ueberwachung von Bordellen aber erfährt nur einen verschwindenden Teil der durch Erkrankung Gefährdeten und hat es schließlich meist nur mit wenigen älteren Personen zu tun, die beinahe schon immun geworden sind.

Aus allen diesen Gründen hat neuerdings in Preußen und anderen Staaten die Sittenpolizei die Reglementierung aufgegeben. Hier in Frankfurt a. M. werden am 1. April alle Bordelle geschlossen und in Hamburg ist dieses für die größten schon am 1. Dezember geschehen. Andere Großstädte wollen nachfolgen. Im Reichsministerium des Innern hofft man, im Reichsrat und Reichstag das notwendige Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durchzubringen, das den § 361 des StGB. aufhebt und damit der Sittenpolizei und polizeilichen Reglementierung auch formell die Grundlage entzieht. Wenn die Polizeipräsidenten schon vorher Reglementierung und Bordelle aufgeben, so haben die Zentralinstanzen nichts einzuwenden; das Beispiel von Frankfurt a. M. zeigt es.

Auf der anderen Seite muß natürlich Vorkehrung dafür getroffen werden, daß die obenbeschriebene kommunale Fürsorge als Ersatz sofort zur Stelle ist und ihre gründlichere gesundheitliche Fürsorge aufnimmt, damit keine Lücke entsteht. Zu diesem Zwecke organisieren deutsche

Lindner und der städtische Vormundschaftsbeamte nach B., wo sie nach dreistündiger Fahrt eintrafen. In einem Gasthof suchten sie sich ein Unterkommen. Hier blieb das Mädchen, während der Beamte sich zu dem zuständigen Amtsrichter begab. Mit diesem verabredete er folgenden Plan: Er sei von der Wahrheit der Angaben der Mündelmutter überzeugt, ebenso von der falschen Aussage der beiden Belastungszeugen, die sicher durch Geld gekauft seien. Der Richter möge ihm erlauben, einen Trick anzuwenden. Er wolle zu der morgigen Verhandlung mit einem anderen Mädchen erscheinen und dieses als die Mündelmutter ausgeben. Stimme die Aussage seiner Klientin, daß sie die beiden Zeugen niemals gesehen habe, so würden diese wahrscheinlich darauf hereinsinken.

Dem Richter war dieser Plan zwar nicht nach seinem Geschmack. Er machte erst einige Bedenken geltend, doch erklärte er sich schließlich nach den dringenden Vorstellungen des Vormundschaftsbeamten zu dem Versuch bereit.

Nach Erledigung dieser Rücksprache suchte der Beamte das Wohlfahrtsamt am Orte auf und bat dort um eine kollegiale Gefälligkeit. Diese ging dahin, ihm für den Termin eine weibliche Angestellte mitzugeben, die in Figur und Alter ungefähr der Mündelmutter gleich sei. Gern entsprach man diesem Wunsch. Bald war eine Schreibmaschinistin gefunden, die sich bereit erklärte, die Rolle zu übernehmen.

Mit diesem jungen Mädchen erschien am andern Vormittag um neun Uhr der Beamte vor dem vernehmenden Richter. Nach kurzer Verständigung wurden die beiden, bereits auf dem Korridor wartenden, zur Zeugenschaft bereiten jungen Leute durch den Gerichtsdiener ins Vernehmungszimmer gerufen. Der Richter stellte ihre Personalien fest, machte sie auf

Großstädte in zunehmendem Maße die sog. Pflegeämter für Gefährdetenfürsorge und Krankheitsbehandlung als Ableitung ihrer kommunalen Wohlfahrtspflege. Altona und Dresden sind vorangegangen, die letztere Stadt hat unter Mitarbeit unserer Genossinnen und Genossen mustergültige Einrichtungen geschaffen. In Frankfurt a. M. haben wir die kommunale Gefährdetenfürsorge längst. Eben beraten wir mit dem Polizeipräsidium, in welcher Weise die Stadt am 1. April bei Schließung der Bordelle an Stelle der Sittenpolizei einzutreten hat. In Götting und anderswo ist man mit der Einrichtung des kommunalen Pflegeamts beschäftigt. Überall in diesen Städten verschwinden allmählich polizeiliche Reglementierung und Bordelle und geht die Ueberwachung der Geschlechtskrankheiten und damit auch der Prostitution in die gesundheitliche und soziale Fürsorge der Pflegeämter über. Natürlich ist die Hilfe der Polizei zur Erfassung der Widerstreben nach wie vor notwendig. Sie macht auch noch ihre regelmäßigen Streifen. Die geschlechtskrank Aufgegriffenen liefert sie in die Verwahrungsanstalten der kommunalen Pflegeämter oder der mit der Gemeindeeinrichtung arbeitenden Vereine ab. Sonst tritt die Polizei gegen einzelne fürsorgebedürftige Männer und Frauen auf Ersuchen des Pflegeamts in Aktion, wenn alle gültigen Mittel des Pflegeamts erschöpft sind und es gilt, Widerstandstige der Heilung zuzuführen, aber immer durch das Pflegeamt und nach seinen gesundheitlichen und sozialen Regeln.

Darf ich mich nun bei Ihnen, ganz privatim, erkundigen, wie sich bei Ihnen die Verhältnisse entwickelt haben? Ich werde nach Erscheinen meines Buches über diese Frage vielfach als Gutachter angegangen und habe mehrfach in Vorträgen vor Gemeindebeamten und Städtevertretern die neueren Einrichtungen darzustellen. Wichtig wäre es, ob das Polizeipräsidium ebenfalls die Sittenpolizei abbauen will und dadurch das dortige städtische Gesundheitsamt veranlaßt, die modernen Erfcheinrichtungen zu schaffen.

Mit bestem Dank im voraus für Ihre Auskunft und besten Grüßen
Ihr ergebener Dr. M. Du.

die Bedeutung des Eides aufmerksam und fragte sie schließlich, ob sie in der heute hier anwesenden Mutter des fraglichen Kindes jenes Mädchen wiedererkennen, mit dem sie vor nun bald zwei Jahren geschlechtlichen Umgang gepflogen haben wollten.

Die also Befragten waren sich über ihre Aussage, die sie ja bereits früher vor demselben Richter gemacht hatten, völlig im klaren. Sie erklärten beide, ihre damalige Bekundung aufrechtzuerhalten und in der Anwesenden mit absoluter Sicherheit die Frieda Lindner aus A. wiederzuerkennen. Sie machten auch noch nähere Angaben über verschiedene Einzelheiten.

Der Richter war über die Dreistigkeit der beiden empört, ließ sich aber nichts merken. Eindringlich ermahnte er sie, ja die Wahrheit zu sagen. Sie sollten ihr Gewissen nicht durch eine Unbedachtsamkeit belasten. Ihre Aussage schädige die Mutter und das Kind in schwerer Weise, zudem stehe auf Falschheid Zuchthausstrafe. Schließlich sei ja ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Es könne ja eine andere gewesen sein, mit der sie damals verkehrt hätten. Vielleicht deren Schwester, die heute mit aus A. herübergekommen sei.

Nach diesen Worten ließ er Frieda Lindner, die inzwischen herbeigeht worden war, unter anderem Vornamen ins Zimmer rufen. Die beiden Schwurzeugen ließen ihre Blicke über die Hereingetretene gleiten, um darauf einmütig zu bekunden, daß ihnen diese völlig unbekannt sei.

Auf die Frage des Richters, ob sie bereit seien, ihre Aussage zu beenden, antworteten beide mit einem sicheren „Ja“. Der Richter erhob sich, bedeckte sein Haupt mit dem schwarzen Barett und ließ den einen der beiden Männer die Anfangsworte der Eidesformel nachsprechen. Hierauf brach er die

Die Frauen und die Staatskirche

Auf den in Nr. 4 der „Gleichheit“ erschienenen gleichnamigen Artikel von Val. Gerhard-Eulo ist uns nachstehende Erwiderung zugegangen. Die Red.

Bei der großen Bedeutung, die die Frage für uns Frauen hat, ob Religion und Sozialismus miteinander vereinbar sind, möchte ich ganz besonders auf folgendes aufmerksam machen:

Daß unsere Partei in den Kreisen religiös empfindender Frauen auch da, wo sonst alle Vorbedingungen für die Mitgliedschaft gegeben sind, auf Ablehnung stößt, liegt vor allem daran, daß religiöse Fragen — also Angelegenheiten, die letzten Endes jeder mit sich selbst abzumachen hat — nicht immer mit dem nötigen Zartgefühl behandelt werden.

Niemand, der sich zu einer Religion bekennt und der also glaubt, daß es auch Dinge gibt, die wir nur gefühlsmäßig empfinden können (wie das Gefühl von einer Macht über uns), wird es etwa dem, der anderer Ansicht ist, verübeln, wenn er sich für seine Person dem Glauben gegenüber ablehnend verhält. Sehr oft dünken sich aber die „Aufgeklärten“ als besondere Parteigenossen und sind in ihrer Art recht unbedürftig. Gerade die Frauen werden durch Äußerungen, die sich gegen ihre gefühlsmäßige Denkart richten, ganz besonders abgestoßen.

Nur durch äußerste Rücksichtnahme auf die Anschauung anderer können wir Sozialisten beweisen, daß es uns Ernst damit ist, daß Religion Privatsache ist. An dieser Rücksichtnahme hat es bisher vielfach gefehlt! Als Sozialisten müssen wir in der Achtung vor jeder ehrlichen Anschauung vorangehen. Soweit eine kirchliche Gemeinschaft — heiße sie, wie sie wolle — sich in den Dienst einer einseitigen Politik stellt und somit das Religiöse hinter das Politische zurücktritt, müssen wir selbstverständlich die kirchliche Organisation als politische Gegnerschaft bekämpfen. Dieser Kampf hat aber vor dem Religiösen Halt zu machen.

Wenn wir uns taktvoller da verhalten, wo es sich um eine Gesinnung handelt, die jeder mit sich selbst abzumachen hat, dann werden die religiös empfindenden Frauen bald einsehen, daß der idealistische Sozialismus auch ihren Anschauungen vollauf gerecht wird. Gertrude Eisfelder

weitere Eideshandlung ab und sagte den beiden ihre Schlichtigkeit auf den Kopf zu.

Als diese merkten, in welche Falle sie gegangen waren, wurden sie äußerst bedrückt. Der Richter eröffnete ihnen, daß sie auf der Stelle wegen versuchten Falschheides in Haft genommen würden. Schwere Strafe stünde ihnen bevor. Durch ein offenes Eingeständnis könnten sie diese abschwächen.

Angesichts der für sie verlorenen Situation und in der Hoffnung auf zu erwirkende mildernde Umstände bekannten die zu dem schlimmen Spiel Bereitgewesenen, daß der von der Kindesmutter als Vater angegebene Herr sich in einer Schenke an sie herangemacht habe. Im Gespräch habe dieser von ihnen erfahren, daß sie beide vor zwei Jahren in A. als Soldaten gestanden hätten. Darauf habe er sie aufgefordert, ihm in seiner Alimentationsache als Eideshelfer zu dienen. Für das Glück seines Planes habe er ihnen eine größere Summe zugesichert. Da sie beide ohne Arbeit gewesen seien, hätten sie sich schließlich hierzu bereit erklärt. Der Fremde habe ihnen hiernach einen geringen Teil der genannten Summe als Vorschuß ausgehändigt, worauf man sich eingehend über Zeit und Vertlichkeit der zu bezeugenden Dinge verständigt habe.

Nachdem diese Erklärungen zu Protokoll genommen waren, verfügte der Richter die Inhaftierung der beiden. Wenige Tage später fand die Verhandlung in A. statt. Der Anstifter zu dem versuchten Falschheid wurde zur Zahlung der Unterhaltskosten für das Kind verpflichtet. Da er wohlhabend war, wurde ein Teil seines Vermögens für diesen Zweck beschlagnahmt. Er selbst wurde in Haft genommen, um nach einigen Wochen zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt zu werden. Das gleiche Schicksal ereilte seine beiden Eideshelfer,

Konsumgenossenschaftliche Rundschau

Im November des vergangenen Jahres verstarb in Darmstadt der Professor Dr. Franz Staudinger. In ihm verliert die internationale Genossenschaftswelt einen ihrer markantesten und beliebtesten Führer. Dieser Mann, der mit seltener Gewissenhaftigkeit in die verschiedensten Gebiete des Lebens eindrang, widmete sich mit ganzer Hingebung der Genossenschaftsbewegung, in der er die Grundlage der menschlichen Gemeinschaft sah. Professor Staudinger hat der gesamten Genossenschaftsbewegung Unschätzbares als Wissenschaftler, Lehrer und Schriftsteller gegeben; das Herrlichste an diesem Manne aber war, daß er diese Grundsätze nicht nur lehrte, sondern auch nach ihnen lebte.

Das Steuerkompromiß brachte für die deutschen Genossenschaftler eine große Enttäuschung. Die Umsatzsteuer ist für die Konsumgenossenschaften eine Ungerechtigkeit, denn es handelt sich bei ihrer Wagnerverteilung nicht um ein Geschäft mit Gewinn, sondern um einen hauswirtschaftlichen Vorgang im großen. Der Kampf des Großhandels gegen die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer war vorauszuweisen, nicht aber das Verhalten des Zentrums, welches diese „Bevorzugung“ der Genossenschaften ablehnte. — Unter diesen Umständen war es den sozialistischen Abgeordneten nicht möglich, ihren Antrag auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer durchzubringen; sie mußten diese Forderung zugunsten der gesamten Steuerregelung fallen lassen, haben aber dann schließlich doch erreicht, daß die Umsatzsteuer wenigstens auf 2 Proz. herabgesetzt wurde.

Auch sonst müssen sich die Genossenschaften überall gehörig zur Wehr setzen. Der Versuch der Großfirmenverbände, die ihnen angehörenden Firmen zum Boykott der Genossenschaften zu zwingen, stärkt bei diesen den Willen zur Eigenproduktion und wird sich letzten Endes einst bei den Urhebern selbst rächen. — In der Zuckerbelieferung wurden die Genossenschaften gegenüber dem Kleinhandel so stark benachteiligt, daß sich die Zentralen der Konsumvereine zu energischem Protest zusammenschlossen. Sie entsandten eine Kommission an das Reichsernährungsamt in Berlin mit dem Erfolge einer erheblich besseren Belieferung.

Ein solches Vorgehen wäre wahrscheinlich nicht notwendig gewesen, wenn in allen Ministerien soviel Verständnis für die Konsumvereine vorhanden wäre, wie es der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt gezeigt hat. Er wies in einer Reichstagsführung auf die Selbsthilfe der Verbraucher, auf die Konsumgenossenschaften hin, in denen sie mit Sicherheit vor übermäßigem Preisaufschlag geschützt seien und dem Handel Konkurrenz bieten könnten. — „Diese Erziehung (des Handels) schätze ich höher ein als die durch Strafgesetze“, führte der Minister sehr treffend aus.

Die dauernde Preissteigerung aller Lebens- und Bedarfsmittel bringt es mit sich, daß die Mahlzeiten immer schmäler werden, daß u. a. besonders das Fleisch auf unserem Tische fehlt. Die Fleischer helfen sich, indem sie den geringen Umsatz durch höheren Gewinn ersetzen. Um auch den Verbrauchern zu helfen, versuchen die Konsumgenossenschaften gemeinsam mit dem „Freien Fachauschuß für Fleischversorgung“ argentinisches Gefrierfleisch einzuführen. Einerseits wird damit unser Tisch bereichert, andererseits bewirkt diese Konkurrenz einen Preisabschlag auf frisches Fleisch. — Die Voreingenommenheit der Hausfrauen gegen das Gefrierfleisch wird aus letzterem Grunde von seiten der Wegger künstlich gestärkt. Nach dem Urteil von Fachleuten aber ist Gefrierfleisch bei richtiger Aufstauung und Behandlung von frischem Fleisch nicht zu unterscheiden. Es liegt im Interesse aller Hausfrauen, die Bestrebungen der Genossenschaften durch Verwendung des wohlfeileren Gefrierfleisches zu unterstützen.

In demselben Maße, wie die Konsumvereine durch die Selbstwertung gezwungen sind, an ihre Mitglieder wegen Erhöhung der Geschäftsanteile heranzutreten, sah sich auch die Groß-einkaufs-Gesellschaft der Konsumvereine in Hamburg veranlaßt, von ihren Mitgliedern eine Erhöhung des Stammkapitals von 20 auf 30 Millionen zu verlangen. Die angeschlossenen Vereine kamen dem Antrage bereitwillig entgegen, so daß die 30 Millionen überschritten wurden und auf der außerordentlichen Generalversammlung der G.G.S. im September eine Erhöhung des Stammkapitals auf 50 Millionen beschlossen werden konnte.

Seit der ersten internationalen genossenschaftlichen Frauentagung in Basel machen sich in Deutschland Bestrebungen der

Frauen bemerkbar, sich mehr als bisher in der Genossenschaftsbewegung zu betätigen. In den Tageszeitungen und in der genossenschaftlichen Fachpresse erscheinen Artikel von weiblichen und auch männlichen Genossenschaftlern, die sich mit der Frage befassen. Die bekannte österreichische Genossin Emmi Freundlich hielt Werbevorträge in Deutschland. Die Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Köln stellte als erste in Deutschland eine Sekretärin an, andere Vereine suchen ähnliche Kräfte, der Reichsverband deutscher Konsumvereine schritt zur Gründung einer genossenschaftlichen Frauengilde, kurz, überall sehen wir die Frauen bei dem Beginnen, sich auch das Gebiet der Genossenschaftsbewegung als Arbeitsfeld zu eigen zu machen. Elsa Rupprecht.

Soziale Rundschau

Wichtig für Unfallrentenempfänger

Nach den bisherigen Bestimmungen der §§ 48, 113 der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1899 und den §§ 1311, 1522 der Reichsversicherungsordnung vom 1. Januar 1912 konnten invalide oder über 65 Jahre alte Unfallverletzte fast nie die Invaliden- oder Altersrente oder einen Teil dieser Renten erhalten, weil nur die höhere Rente gezahlt wurde und die Unfallrente fast stets höher war als die Invaliden- oder Altersrente.

Nachdem nun zunächst durch verschiedene Kriegsmassnahmen die Invaliden- und Altersrenten bedeutend erhöht worden sind, ist durch Gesetz vom 23. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 80) diese Ungerechtigkeit beseitigt und können unter Umständen beide Renten bezogen werden.

Es kann jetzt jeder Unfallverletzte, wenn er nicht mehr als 65 Proz. Unfallrente erhält, neben dieser noch die ganze Invalidenrente erhalten, wenn er im Lauf der Zeit erwerbsunfähig geworden ist.

Aber auch die Unfallverletzten, welche 66% Prozent oder gar die Vollrente erhalten, können neben der Unfallrente die Invalidenrente beziehen, soweit diese höher ist als die Unfallrente.

Da nun die erhöhten Invaliden- und Altersrenten häufig höher sein dürften als hauptsächlich alte Unfallrenten (wobei die Zulagen nicht mitgerechnet werden), so können auch diese Schwerverletzten noch erhebliche Beträge aus der Invalidenrente erhalten.

Auch können jetzt die 65 Jahre alten Unfallverletzten die Altersrente ganz oder teilweise beziehen, wenn sie 1200 Marken geklebt haben.

Im eigensten Interesse werden deshalb die Invaliden oder 65 Jahre alten Unfallrenten-Empfänger aufgefordert, bei den Versicherungsämtern ihre Ansprüche auf Rente geltend zu machen, oder in den Arbeiterssekretariaten der Freien Gewerkschaften vorstellig zu werden.

Ein neues Hausgehilfengesetz in der Tschechoslowakei

Die sozialdemokratischen Abgeordneten der tschechoslowakischen Republik Frau Blatny, Dr. Haas, Irene Kirpal und Maria Deutsch haben im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, der sich mit der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Hausgehilfen befaßt. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Anerkennung der Organisation, des Kollektivvertrages, durch die Vorlage. Die Arbeitszeit darf bei Personen über 16 Jahre 11 Stunden nicht überschreiten, und zwar soll die Arbeit von früh 6 Uhr bis 9 Uhr abends mit einer ununterbrochenen zweistündigen Ruhepause verrichtet werden. Für Dienstnehmer unter 16 Jahren gilt eine höchstens achtfünfstündige Arbeitszeit. Nur bei unaufschiebbaren Dienstleistungen darf die Arbeitszeit überschritten werden; für diese Ueberschreitung jedoch ist besondere Entlohnung für etwa gestörte Nachtruhe, außerdem Ruhe am Tage zu gewähren. An jedem zweiten Sonntage steht dem Dienstnehmer eine freie Zeit von acht Stunden zu, spätestens nachmittags 3 Uhr beginnend, außerdem in jeder Woche an einem in beiderseitigem Einverständnis zu vereinbarenden Nachmittage eine freie Zeit von vier Stunden. Die Ruhezeit an diesem Tage beträgt dann nur eine Stunde. Auch die Urlaubsfrage — bei vollem Entgelt — ist geregelt.

Die Schlußbestimmungen unterstellen die Hausgehilfenordnung dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, zum Teil dem Handlungsgesetzbuch.

Aus der Frauenbewegung des Auslandes

Die erste Frau im belgischen Senat. Nachdem aus allerlei nicht immer billigenwerten parteipolitischen Gründen den belgischen Frauen noch immer das allgemeine Wahlrecht zum Parlament verweigert geblieben ist, ist vor einiger Zeit wenigstens eine Frau in

die Erste Kammer, den Senat, eingezogen. Die erste Senatorin Belgiens, Frau Marie Spaat-Janson, ist Angehörige der belgischen Arbeiterpartei, und war schon vor ihrer Wahl in den Senat Gemeindebeirat in einer belgischen Stadt. Möge dieser Erfolg der belgischen Genossin der Anfang sein für die endliche Gewährung der politischen Rechte an alle belgischen Frauen, die in der Bekämpfung einer sehr mächtigen und gefährlichen Reaktion, vor allem durch die Merikalenherrschaft, viel an dem Fortschreiten der Arbeiter- und Frauenbewegung in ihrem Lande zu leisten haben werden.

Das bedrohte Wahlrecht in Ungarn. Während in den anderen Ländern den Frauen immer weitere politische Mitarbeit eröffnet werden muß, kann es die Reaktion in Ungarn wagen, schon gewährte und ausgeübte Rechte rückgängig machen zu wollen. In aller Hast ist dem alten Parlament noch eine Vorlage zur Reform des Wahlrechts vorgelegt worden, das das allgemeine Wahlrecht der Frau aufhebt und den Kreis der Wahlberechtigten durch eine Reihe von Erfordernissen einschränkt. Wahlberechtigt sind nur Frauen über 30 Jahre, die entweder: 1. Mutter von mindestens drei ehelichen Kindern über 6 Jahre sind, oder 2. acht Mittelschulklassen absolvierten, 3. einen selbständigen Erwerb haben, 4. mit einem Mann mit Hochschulbildung verheiratet sind. Außerdem kann das Wahlrecht noch von den Gemeinden solchen Frauen verliehen werden, die kraft ihrer persönlichen Eignung dessen für würdig befunden werden. Man kann sich denken, wohin bei dem ganzen, nicht nur aus der neuen Wahlrechtsvorlage sprechenden Geist des offiziellen Ungarn diese „Ehrenwählerernennung“ führen wird. Zielt doch ohne Zweifel die Vorlage darauf hin, gerade die arbeitende und beschloße Frau, das arbeitende Mädchen mit einfacher Schulbildung unmündig zu machen. Das Ganze ist ein weiteres Mittel zur Niederhaltung einer sich gegen die Horty-Terroristen empörenden sozialistischen und demokratischen Volksbewegung.

Aus unserer Bewegung

Ravensburg. Nach langer Pause hatten wir hier eine Versammlung, in der Landtagsabgeordnete Genossin Hiller über: „Die Frau und der Sozialismus“ sprach. Die Rednerin schilderte die heutigen Verhältnisse. Egoismus und Habgier sind die Feinde im Innern, Haß und Rachgier die äußeren. Während die Kaufkraft der Masse des Volkes nachläßt und man die Industrie nur durch Ausfuhr aufrechterhalten kann, werden für kleine Kreise unverhältnismäßig viel Luxuswaren, Champagner und Liköre eingeführt. Dann ging die Rednerin auf die verschiedenen Fragen über, die die Frau interessieren müssen. Wenn auch manche Frauen sich nicht um Politik kümmern möchten, so kommt die Politik doch zu den Frauen, was sie am besten an der Verteuerung der Lebenshaltung merken. Auch wurde die Stellung der Sozialdemokratie zur Kirche, besonders aber zum Zentrum hervorgehoben. Während die Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht immer eingetreten ist, hat doch das Zentrum, das die Gewalt der Kirche auf die Frauen ausnützte, den größten Nutzen davon gehabt. Größter Wert muß auf die Schule gelegt werden. Bei der Besprechung der §§ 218—220 StGB. zeigte Frau Hiller Vorgänge, wie sie krasser nicht sein können. Sie schilderte, wie hart diese Paragraphen gerade oft linderreiche und arme Frauen treffen, während doch das häufige Zweikindersystem bei den Bessergestellten nicht von ungefähr komme. Sie forderte Milderung der Paragraphen.

Zu bedauern ist nur, daß unsere führenden Männer am Ort der Gründung einer Frauengruppe mit Kopfschütteln und Verständnislosigkeit begegnen. Während in unseren Nachbarorten sich überall Frauengruppen bilden, findet man sich hier nicht bemüht, ebenfalls dazu überzugehen. Hoffentlich hat es nur noch dieses letzten Anstoßes dazu bedurft. Marie Ringinger.

Wohlfahrtspflege

Von fürsorglicher Berufsarbeit

Der Aufforderung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, von meiner Tätigkeit zu berichten, komme ich gern nach. Ich empfinde es immer wieder als Mangel, daß man, in der Kleinarbeit des Tages so eingespannt, nur sehr selten Zeit findet, sich über die großen Linien und Zusammenhänge der sozialen Arbeit klar zu werden. Dazu zwingt ein solcher Bericht.

Nicht von der Organisation und den Aufgaben des Jugendamtes, an dem ich als Bezirksfürsorgerin arbeite, will ich berichten. Mir scheint, als ob heute in der ganzen Wohlfahrtspflege die Frage der Organisation so im Vordergrund steht (vielleicht stehen muß, weil vieles sich neu aufbaut), daß die Gefahr besteht, daß man dies für das Wesentliche hält und der Mensch, dem wir helfen wollen, dabei zu kurz kommt. Ich will versuchen, heute einige von den vielen Problemen herauszugreifen, die uns, wenn wir mit ganzem Ernst in der sozialen Arbeit stehen, nicht zur Ruhe kommen lassen. Das Massenelend ist es vor allem, demgegenüber einem die soziale Arbeit vorkommt, als ob man Pflasterchen auf eine Wunde legt, die vorher nicht richtig austuriert ist. Wie selten gelingt es, das Uebel bei der Wurzel zu fassen, die Ursache der Not zu beseitigen! Wir brauchen nur an die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot zu denken! Wie machtlos sind wir da als Fürsorgerinnen und sehen doch täglich, wie niederdrückend und lähmend das auf die Menschen wirkt, denen wir heraushelfen möchten aus ihrem Elend, damit sie selber ihr Schicksal in die Hand nehmen können und Mut zum Leben gewinnen.

Für mich ist soziale Arbeit ohne Sozialismus undenkbar: Sozialismus erfaßt als innere Unruhe, die sich nun einmal nicht zu Frieden geben kann mit den Dingen, wie sie sind, sondern immer deutlicher empfindet, daß wir aus unserer jetzigen Gesellschaftsform, die Tausende unserer Brüder und Schwestern nicht zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen läßt, herausmüssen. Nur wenn wir in der sozialen Arbeit uns immer wieder an dem großen Ziel, dem Sozialismus, orientieren, wird es uns gelingen, für die Arbeit des Tages Mut und Kraft zu gewinnen.

So gewiß und notwendig es mir auf der einen Seite erscheint, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich ändern müssen, damit die Ursachen des Massenelends beseitigt werden, so stark drängt sich mir aber auch immer wieder die Erkenntnis auf, daß damit allein nicht geholfen ist. Es gibt auch Not, die nicht wirtschaftlich bedingt ist, sondern die eine Folge von Lebensuntüchtigkeit, von gedankenlosem Dahinleben, von einer erschreckenden Verantwortungslosigkeit ist. Ferne liegt es mir, von Schuld zu sprechen; ich stelle damit nur die Tatsache fest.

In den verschiedensten Formen zeigt sich uns Fürsorgerinnen immer wieder die Not der unehelichen Mutter, die entweder den Erzeuger gar nicht kennt, oder für jedes ihrer drei oder vier unehelichen Kinder einen anderen Vater angeben muß, nachher die Kinder der Gemeinde aufpakt, froh, der Sorge los zu sein.

Wenn wir als Sozialisten in der Theorie die uneheliche Mutterschaft der ehelichen gleichstellen, so erleben wir es in der Praxis doch immer wieder schmerzlich, wie wenig Menschen für diesen grundsätzlich richtigen, freien und starken Gedanken reif sind.

Und in diesem Zusammenhange sehe ich in dem Sozialismus eine Erziehungsfrage. Nur in dem Maße, wie die Menschen auch innerlich reif zum Sozialismus werden, wie sie anerkennen, daß sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten an die Allgemeinheit haben, wird auch die wirtschaftliche Besserung der Zustände es vermögen, das Leben des Menschen reicher und glücklicher zu gestalten.

B. S.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kadritz. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., sämtlich in Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Sind Lungenleiden heilbar!

Bei Asthma, Lungen- u. Kehlkopf-berkuloze, Schwindel, Lungenplätzen-Katarrh, veraltetem Husten, Verschleimung, lang bestehender Heiserkeit lese jeder die Broschüre mit obigem Titel. Der Verfasser, Herr Dr. med. Guttman, Chefarzt der Finsenkuranstalt, zeigt darin in volksverständlicher Weise natürliche Wege zur Beseitigung dieser schweren Leiden. Jeder Kranke erhält diese Broschüre auf Wunsch vollständig umsonst. Man schreibe nur eine Postkarte an

Puhlmann & Co., Berlin 128, Müggelsstr. 25a.

„Husten, Heiserkeit, Verschleimung,

Auswurf, Nachtschweiß, Sichte im Rücken und Brustschmerzen hören auf!“ — „Appetit und Körpergewicht hoben sich rasch!“ — „Allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein!“ So und ähnlich lauten die Kräfte bei uns eingehenden Mitteilungen über die Wirkung unserer **Rosolin-Tabletten**. Erhältlich zu Mk 8. — in allen Apotheken, nötigenfalls auch durch uns von unserer Versandapotheke.

!! Hals- und Lungenleidende !!

erhalten kostenlos ausführliche Broschüre durch „PharIndha“-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 68.

Selt
70 Jahren
ist
San.-Rat Dr. Strahl's
Haussalbe
b. Hautausschlag, Fiechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel.
Original-Dose 12,—, 23,— Mk.
Elefanten-Apotheke,
Berlino SW., Leipziger Str. 74
am Dönhofsplatz
Zentrum 7192

Frauenbart
Warzen, Leberflecke entfernt durch Elektrolyse
Frau Charlotte Wolter,
Potsdamer Str. 39. Erstklass. Spez.-Inst. Kurf. 2154. Langj. Praxis. Aertzlich empfohlen.

Gummiwaren
für Familie u. Krankenzimmer
Sauger, Eisbeutel, Frauendouchen, Spülapparate usw. Präservativs u. and. hygien. Bedarfsartikel u. Präparate, mediz. Tee usw. zur Gesundheitspflege. Prospekt und Preisliste diskret und kostenlos.
O.F. Demasier, Bin-Lichterfelde, Mariannenstr. 25

Der Name
Kaiser's
Kaffee-Geschäft
verbürgt beste Qualität
Kaffee-Schokolade-Tee
Zuckerwaren-Keks u. s. w.



Teilzahlung
Uhren, Wacker, Regulatöre, Gold, Silber, Lederwaren, Schirme, Koffer, Letztwagen, Rasier-, Raucherartikel, Kämme, Musikinstrumente, Sprechapparate, Photo-Spezialliste.
Katalog 1500 Abbild. kostenlos.
Jonass & Co., Berlin A. 574
Goltz-Alliance-Strasse 7-10



Nasen- u. Gesichtsröte, rote Hände
beseitigt, blüthenartiger Teint, weiße, glatte Haut werden in kürz. Zeit erreicht durch mein. altbew. unübertroff. Krem „Pura“.
Sommer sprossen, Mitesser, Pickel, Runzeln und Fältchen verschwinden. Rote und großporige Haut wird schnell beseitigt. Tube 3,—, Doppeldose 5,—, Drogen-Haus
H. Bockhaus, Berlin N., Elsasser Straße 58.



Beinleiden
offene Füße, Flechten, Venenentzündungen, Hautjucken, alte Wunden, Haemorrhoiden, Hautleiden, wunde u. rissige Haut, Pickel, Nervenschmerzen etc. heilt selbst l. d. hartnäckigst. Fällen



Dumex-Salbe
Ein unschätzbares Hausmittel, welches auch bei d. heftigsten Schmerzen u. Jucken, sofortige Linderung u. Heilung bringt. Sch. 2.5, 6,—, u. 14,—, in d. Apotheken, wo nicht, bestelle man direkt an
Laborator Mikros,
Berlin NO. 18 7
Gr. Frankfurter Str. 80.

**Neue Bücher
über Schule
und Erziehung**
Konrad Hoentlich:
**Neue Bahnen
der Kultur-
politik**
Preis: 20 Mk.
Joh. Hoffmann:
**Schule und
Lehrer in der
Reichs-
verfassung**
Ein Kommentar
Preis: br. 10 Mk.
geb 15 Mk.
Fritz Korfes:
**Die
Schule der
verändernden
Gesellschaft**
Preis: 10 Mk.
Buchhandlung
VORWÄRTS
Berlin SW 68
Lindenstr. 5

Butter und Schmalz

billiger
durch



in allen 146 Filialen **System!** der vereinten Firmen
Loreley Union Reichelt Assmann Ladewig

MI
FU